

stus bekehrt, denn allein so, daß er „eifersüchtig“ wird auf die Kirche als die wahre Erfüllung der Berufung Israels. Zudem kommt die endzeitliche Erwartung immer stärker in Sicht, daß nicht kleine Grüpplein von einzelnen, sondern Israel als Ganzes den Christus erkennen wird.

Aber dieses Eifersüchtigmachen von ganz Israel wird zu geschehen haben durch die Art des Auftretens und noch mehr durch das Wesen und die Gestalt der *ganzen* Kirche.

Unser Aufruf, der in Wort und Schrift Tag für Tag in die Kirche hinein erfolgt, ist darum nicht länger bloß ein Stück Propaganda für unsere eigenen Interessen oder ein Stück energische Kollektieraktivität, sondern er wird zu einem Stück direkter Judenmission. Indem wir gegenüber der Kirche Zeugnis ablegen, tun wir es auch gegenüber Israel...

... Nur eine bekehrte Kirche wird Israel die Gründe wegnehmen können, um in ihr nicht das wahre Israel Gottes zu sehen. Und diese Bekehrung der Kirche wird zustande kommen durch ganz einfache Mittel: indem wir der Existenz des Volkes Israel in unserer Mitte und in der Mitte der Welt unsere Aufmerksamkeit schenken, indem wir dem Gebet um die Bekehrung Israels einen Platz einräumen

im Dienst ihrer öffentlichen und verborgenen Gebete, indem wir die Bibel historisch real und konkret lesen und auslegen, gerade so wie sie durch Gott an diese historisch real und konkret denkenden Kinder Israels geoffenbart ist. Diese *Bekehrung der Kirche*, die sicher nicht ihren Ursprung, aber *ihren Weg* finden muß in der *Zuwendung* ihres Herzens *zu Israel*, wird nach der apostolischen Erwartung die Zuwendung des Herzens Israels zum lebendigen Christus zur Folge haben. Der Name unseres „Rates für Kirche und Israel“ ist deshalb in jeder Beziehung richtig. Er dient Israel, aber indem er Israel dient, dient er der Kirche, und indem er der Kirche dient, dient er Israel. Es ist ein Rat, „durch die Kirche für Israel“, aber dadurch zur gleichen Zeit ein Rat „durch Israel für die Kirche“. Wer sich bemüht um die Fragen und Nöte Israels, gewinnt dadurch ein Zeugnis, das die heutige Kirche retten muß und das sie auch dringend nötig hat, und stellt gerade so die Kirche instand, sich priesterlich und apostolisch um Israel zu bemühen. Israel wird so wahrlich ein Segen sein unter den Heiden (Sach. 8, 13).

(Aus J. H. Grolle: Die Niederländische Reformierte Kirche und das Gespräch mit Israel in Judaica, 5 (1. 6. 49) Heft 2, S. 108ff.).

## 8. RUNDSCHAU

### 1) Zeichen des Antifemitismus in Deutschland

Verschiedene Vorfälle der letzten Monate haben das Vorhandensein eines vorerst noch heimlichen Antisemitismus in Deutschland sichtbar gemacht. Vor dieser Tatsache darf man die Augen nicht verschließen, um diesem da und dort schon wieder aktiven Antisemitismus wachsam begegnen zu können. Man darf dabei ebensowenig übersehen, wie gerade diese Vorfälle gezeigt haben, daß die Mehrheit des deutschen Volkes solche antisemitischen Äußerungen verurteilt. Da aber begreiflicherweise dem Ausland die Anzeichen eines Antisemitismus in Deutschland nach allem, was hier geschah, stärker auffallen, wird dem deutschen Volke von dem relativ kleinen Kreis der aktiven Antisemiten großer Schaden zugefügt. Wir registrieren an dieser Stelle die in der Öffentlichkeit am meisten diskutierten Vorfälle, um damit zu zeigen, wie notwendig die Aufklärungsarbeit und die Förderung der christlich-jüdischen Freundschaft ist.

#### a) „Judenfrage als Prüfstein“

Die „Süddeutsche Zeitung“ und die Münchener Vorkommnisse

Die in München erscheinende „Süddeutsche Zeitung“ hat auf einen grundsätzlichen Artikel „Judenfrage als Prüfstein“ von W. E. Süskind (Nr. 90 vom 2. 8. 49), der den Antisemitismus in Deutschland nüchtern-sachlich, aber natürlich ablehnend, behandelte, eine Fülle von Zuschriften erhalten, aus denen sie vier Stimmen in ihrer Spalte „Briefe an die S. Z.“ (Nr. 93 vom 9. 8. 49) veröffentlichte. Unter diesen Leserbriefen, die einen Querschnitt aus den verschiedenartigen Meinungsäußerungen geben sollten, befand sich auch eine ausgesprochen antisemitische Hetzstimme von abgründigem Haß. Darin heißt es u. a.:

„... Geht doch nach Amerika, aber dort können sie euch nicht gebrauchen, sie haben genug von diesen Blutsaugern. Ich bin beim Ami beschäftigt, und da haben Verschiedene schon gesagt, daß sie uns alles verzeihen, nur das eine nicht, und das ist: daß wir nicht alle vergast haben, denn jetzt beglücken sie (die Juden) Amerika... Ich gehöre zu den sogenannten „Stillen im Lande“

und die Flüsterpropaganda ist mehr wert als hundert Zeitungen...

Wir sind ein ganz kleiner Kreis (noch), und alles geht von Hessen aus...

Später, bzw. zur gegebenen Zeit, hören Sie wieder etwas mehr von mir. Bitte veröffentlichen Sie diese Zeilen, wenn Sie ‚Demokrat‘ sind.“

Dieser Brief war unterzeichnet: „Adolf Bleibtreu· München 22, Palestrinastraße 33“.

Obwohl diese Unterschrift und Adresse sofort als anonym und fingiert zu erkennen waren, hat der zuständige Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ (der seither die Redaktion verließ) unbegreiflicherweise und entgegen den Gepflogenheiten der Presse, anonyme Zuschriften in den Papierkorb zu werfen, diesen Brief in der gleichen Weise veröffentlicht wie die anderen Zuschriften, ohne sich durch eine redaktionelle Bemerkung ausdrücklich davon zu distanzieren oder den ungeheuerlichen Inhalt zu brandmarken. Das hätte man zum mindesten tun müssen, wenn man den Brief der Öffentlichkeit bekanntgeben wollte, um darzutun, daß es in Deutschland noch derartige Haßverblendung gibt.

Die Veröffentlichung führte zu Demonstrationen der Juden in München, die damit ihren Protest gegen eine solche Beleidigung kundtun wollten. Dabei kam es in der Möhlstraße zu Zusammenstößen mit der Polizei, in deren Verlauf die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machte. Es gab auf beiden Seiten mehr oder weniger schwer Verletzte. Der Vorfall hat natürlich großes Aufsehen erregt. Die „Süddeutsche Zeitung“, deren Leitung selbst in keiner Weise des Antisemitismus verdächtig ist, hat das Vorkommnis auf das tiefste bedauert und ihrerseits durch einen Wechsel innerhalb der Redaktion Maßnahmen getroffen, um einen solchen Fall in Zukunft auszuschließen. In einem Artikel „In eigener Sache“ (Nr. 96 vom 16. 8. 49) hat der Mitherausgeber Werner Friedmann, der ebenso wie der Mitherausgeber und Chefredakteur Dr. F. J. Schöningh sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des

„Bleibtreu“-Briefes im Ausland befand, sich eindeutig gegen die Veröffentlichung erklärt. In dem Artikel heißt es u.a.:

„Ich muß gestehen, daß ich meinen Augen nicht getraut habe angesichts dieser ekelregenden Äußerung eines anonymen Subjektes, dessen pure Existenz mir die Kläglichkeit unserer so theoretischen Säuberungsversuche zu beweisen schien. Noch mehr überrascht aber war ich über den unglücklichen Einfall der Zeitung, diese zynische Äußerung kommentarlos der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Die traurigen Folgen sind bekannt und bedürfen keiner Darstellung mehr. Wohl aber bedarf es der Feststellung meinerseits, daß ich die Veröffentlichung dieses Pamphlets eines Schurken, der unverdient den Weltuntergang überleben durfte, während ungezählte wertvolle Menschen starben und verdarben, auf das schärfste mißbillige und für schädlich und unklug halte, obwohl ich weiß, daß die Beweggründe der Redaktion für den Abdruck sehr wohlgemeinte gewesen sind. Es sei mir, da das Betrübliche nun einmal geschah und, aufgebauscht durch bewußt bössartige Mißdeutungen und Sensationsgier, größere Wellen in der internationalen Presse geschlagen hat, als es Leserzuschriften an eine Zeitung gemeinhin tun, gestattet, zu dem Geschehen ein paar grundsätzliche Worte zu sagen, mag es noch so ungewöhnlich sein, daß ein Herausgeber gegen seine eigene Zeitung Stellung zu nehmen sich gezwungen sieht.“

Im Hinblick auf die Wirkung im Ausland schreibt Friedmann ferner:

„Es gilt, ein tiefeingewurzelttes Mißtrauen zu zerstreuen, das die Welt uns entgegenbringt. Dabei sind leider genügend Kräfte am Werk, dieses Mißtrauen zu nähren. Es liegt an uns, ihnen das Material für ihre Agitation zu liefern oder nicht. Tausend gute Worte und Gefühle werden durch einen „Bleibtreu“ zunichte gemacht, wenn man dieses Dokument der Unmenschlichkeit abdruckt, statt es in den Papierkorb zu werfen, da es keinen Anspruch erheben darf, eine Stimme jenes Deutschland zu sein, das sich mit überwältigender Mehrheit zu einer demokratischen Wahl bekannte. Aber jene Kreise, die uns mit feindseligen Augen in unserem Glashause betrachten, werden sie kräftig als eine solche auswerten. Ein anonym Lump, dessen Gesinnung von 99 Prozent aller Deutschen verabscheut wird, erhält durch die Veröffentlichung seines Briefes ein Gewicht, das ihm so wenig zukommt, wie man einen Brandstifter unter hunderttausend anständigen Menschen als Prototyp dieser Menschen hinzustellen berechtigt ist.“

Auf der anderen Seite drückt Werner Friedmann in seinem Artikel auch sein Befremden darüber aus, daß die Demonstranten in der Möhlstraße sich gegen die Redaktion der „Süddeutschen Zeitung“ selbst wandten, „deren Herausgeber ihre Haltung in der Nazizeit mit Mißhandlungen, Gefängnis und Arbeitsverbot bezahlt haben“.

Wir haben uns zur Aufklärung der Angelegenheit auch an die israelitische Kultusgemeinde in München gewandt, die uns folgende Stellungnahme schickte:

„Betreffs der Briefe in der „Süddeutschen Zeitung“ gibt es wohl nur die einzige Meinung, die auch Sie selbst vertreten haben, daß es ein unverzeihlicher Mißgriff war, den „Bleibtreu“-Brief ohne den geringsten Redaktionskommentar zu veröffentlichen, wobei 2 Zeilen bereits genügt hätten. Im übrigen hätte es der Redaktion genügen müssen, den Brief in den Papierkorb zu geben, sobald man das Pseudonym erkannt hatte und dies hat wohl jedes 12jährige Kind als solches erkannt. Das geschah aber alles nicht und die dadurch entstandene Aufregung der jüdischen und auch der christlichen Bevölkerung war wohl erklärlich.“

Was nun die Folgen jener Unterlassung anbelangt, so möchte ich auf Ihre Anfragen Folgendes antworten:

1) Eine Beilegung des Streitfalles vor der Demonstration ist versucht worden von dem Präsidenten des Central-Komitees der befreiten Juden in München und auch von dem Generalanwalt Dr. Auerbach. Die Masse, die übrigens nicht aus 3000 sondern nur aus

600 Personen bestand, war aber leider nicht zu beruhigen.

2) Zweck der Demonstration war ein geschlossener Zug nach der Redaktion der Zeitung unter Vorantragen entsprechender Protestaufschriften. Jedenfalls wollte der Protestzug die Redaktion entsprechend „aufklären“, wieweit allerdings die Aufklärung dann erfolgen sollte, das entzieht sich der Beurteilung, da eine aufgeputschte Menge von D.P.s schließlich auch zu Gewalttätigkeiten bereit sein dürfte.

3) Die Polizei hat ihre Kräfte deshalb eingesetzt, weil der Demonstrationszug weder von der deutschen noch der amerikanischen Behörde genehmigt war. Anfangs waren es geringe polizeiliche Kräfte, die zum Einsatz kamen. Erst als die Demonstranten auf die mit Gummiknüppeln ausgerüsteten Polizeikräfte nicht hörten und einen Lautsprecherwagen der Polizei demolierten, wurden weitere Kräfte von dem Sicherheitsinspektor telefonisch herbeigeholt, die denn auch mit einem Überfallwagen herbeikamen, der aber von den Demonstranten mit Benzin übergossen und angezündet wurde. Die dann herbeigerufene Feuerwache wurde am Löschen gehindert. Das war denn auch der Zeitpunkt, da man Schüsse hörte. Diese Schüsse waren aber auch wieder die Ursache einer ausgebreiteten Abwehr mit Holz- und Eisenstäben von seiten der Demonstranten, denen wiederum Schüsse noch in guter „Erinnerung“ waren.

Erst das Erscheinen der M.P. brachte die Menge zur Zerstreuung.

Dieser Vorfall hat sowohl im Inland wie im Ausland eine begreifliche Erregung verursacht, weil man in dem ganzen Hergang eine antisemitische Aktion vermutete. Ich selbst nahm von Beginn an — ohne daß ich bei der Demonstration zugegen war oder auch nur über eine geplante Demonstration unterrichtet war — eine der allgemeinen Anschauung widersprechende Meinung ein: Die Erregung der Menge war nach dem unglücklichen Artikel verständlich. Eine Demonstration in geschlossenem Kreise war zu befürworten.

Der Demonstrationszug war polizeilich sowohl deutscher- wie amerikanischerseits verboten. Gegen die Übertretung eines Verbotes mußte die Polizei eingreifen. Die Mittel, die sie angewandt hat, entsprachen der üblichen Steigerung. Die Schüsse, die sie abgab, waren schließlich — zum Bedauern von beiden Seiten — der letzte Versuch zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung....

gez. Dr. Spanier  
Präsident der Isr. Kultusgemeinde München  
Mitglied des Bayer. Senats  
Vorstandsmitglied der Vereinigung zur  
Christl.-Jüdischen Verständigung  
München“.

Eine Erklärung des Münchener Polizeipräsidents bestätigt im wesentlichen diese Darstellung Dr. Spaniers.

## b) Der Offenbacher Fall

Der Magistrat der Stadt Offenbach hat bei der Besetzung der Chefarztstelle in der Offenbacher Städtischen Frauenklinik den zunächst mit Mehrheit gewählten Dr. Herbert Lewin nachträglich noch in der gleichen Sitzung abgelehnt, weil Dr. Lewin Jude ist, und in einer zweiten (nicht geheimen Wahl einen anderen Arzt, Prof. Tietze, gewählt. Nach der Wahl Dr. Lewins soll, wie die Frankfurter Rundschau in Nr. 215 vom 15. 9. 49 berichtete, Bürgermeister Dr. Kasperkowitz erklärt haben: „Meine Herren, Sie sind sich doch darüber klar, daß es bei dieser Wahl unter keinen Umständen bleiben darf. Sie können den Offenbacher Frauen nicht zumuten, daß sie einem Mann, wie Dr. Lewin ausgeliefert (!) werden. Ganz abgesehen von seinen fachlichen Qualitäten handelt es sich hier um einen Mann,

der aus dem Konzentrationslager kommt und dessen Familie, wie sie von ihm selbst gehört haben, entweder vergast oder ermordet worden ist, der also mit den Ressentiments seiner Rasse und mit dem Rachegefühl eines KZlers seine Arbeit antreten wird. Keine Frau könnte sich mit ruhigem Gewissen seiner Behandlung anvertrauen. Die Existenz der Frauenklinik stünde auf dem Spiel". Obwohl ein Magistratsmitglied diesen unglaublichen Verdächtigungen widersprach, stimmte Oberbürgermeister Rebholz den Ausführungen von Kasperkowitz zu.

Nachdem dieser Sachverhalt in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, hat sowohl die Militärregierung, als auch das hessische Innenministerium eine Untersuchung der Angelegenheit eingeleitet.

Die „Frankfurter Rundschau“ nennt diesen empörenden Fall in einem Leitartikel ein Zeichen des „stillen Antisemitismus, der wesentlich in der Ablehnung der jüdischen Mitbürger und ihrer Ausschaltung im öffentlichen Leben besteht und seiner negativen Erscheinungsform wegen schwer zu fassen ist.“

Das „Mitteilungsblatt der Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“ bezeichnet (in Nr. 9, September 49) den Vorfall als, „einen schweren Verstoß gegen die Grundrechte der neuen Bundesverfassung“ und erwartet „daß dieser Vorfall Anlaß zu einer Stellungnahme der Bundesregierung wird, um ein für alle Mal durch einen Präzedenzfall festzustellen, daß Vorgänge dieser Art ungesetzlich sind und unter Strafe stehen. Wir sehen zwar in dem Offenbacher Vorgang einen Einzelfall, müssen aber befürchten, daß er Schule machen könnte, wenn nicht allen etwaigen Wiederholungen energisch vorgebeugt wird“.

Der Regierungspräsident von Darmstadt, Wagner, teilte mit, daß er den Offenbacher Bürgermeister Kasperkowitz von seinem Amt suspendiert habe. Der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Hessen, Dr. Newman, sagte in einer Pressekonferenz in Wiesbaden, an der auch Ministerpräsident Stock und Innenminister Zinnkann teilnahmen, er sei befriedigt über die Maßnahmen der hessischen Staatsregierung zur Beilegung der skandalösen Vorfälle bei der Wahl des Chefarztes der Offenbacher Frauenklinik. Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung sprach in einer fünfstündigen Sondersitzung dem zweiten Bürgermeister Dr. Kasperkowitz (CDU) einstimmig ihr Mißtrauen aus. Ein Mißtrauensantrag gegen den Offenbacher Oberbürgermeister Rebholz (SPD) wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Berufung des

an Stelle Dr. Lewins zum Chefarzt der Frauenklinik gewählten Dr. Tietze wurde aufgehoben.

(In: „Der Weg“, 7. 10. 49, Nr. 40)

### c) Synagogenschändungen

In Marktreidwitz in Bayern wurde die Synagoge durch den Hotelbesitzer Hans Rief, der durch ein Gericht denazifiziert worden war, beschädigt. Rief stieg nachts in die Synagoge ein, zerbrach die Fenster, zerriß die Gebetbücher und Thorarollen. Der Gemeinderat erließ eine Erklärung, daß er die barbarische Handlung schwer verurteile. Den Juden der Stadt wurde vom Gemeinderat ein anderes Lokal für die Gottesdienste am Jom Kippur zur Verfügung gestellt.

(In: Israelitisches Wochenblatt 40. 49 (Zürich, 7. 10. 49, S. 22)

Das Freiburger „Katholische Kirchenblatt“ (Nr. 41 vom 9. 10. 49) meldet im Zusammenhang damit:

Das bischöfliche Ordinariat Regensburg mißbilligte in schärfster Form die Schändung der Synagoge in Marktreidwitz, erklärte Generalvikar Josef Franz, Regensburg. Ein derartiges sakrilegisches Verbrechen spreche dem Prinzip der christlichen Liebe hohn und stehe in völligem Widerspruch zu der gebotenen Achtung vor der Überzeugung des Mitmenschen. Die Synagogenschänder hatten die Eingangstüre und den Altarschrank gewaltsam geöffnet und die liturgischen Bücher auf dem Boden zerstreut.

In Frankfurt wurden eine Anzahl Jugendliche verhaftet, welche die Fenster der Synagoge eingeworfen hatten.

(In: Israelitisches Wochenblatt 49 (Zürich, 14. 10. 49) 41. S. 8)

### d) Morddrohung und Mordversuch

In dem unterfränkischen Städtchen Wiesenfeld am Main wurde der jüdische Viehhändler G. Steigerwald von unbekannten Tätern erneut bedroht, nachdem vor wenigen Tagen gegen ihn ein mißglücktes Sprengstoffattentat verübt worden war. Auf einem Zettel, der ans Hoftor geklebt wurde und der mit einer entsprechenden Zeichnung illustriert war, wurde St. in Aussicht gestellt, gelyncht zu werden. Unbekannte Täter hatten ihm sein Schlafzimmerfenster eingeschlagen, einen toten Hund und eine tote Katze vor die Haustür gelegt und im Hof Giftweizen gestreut.

(In: „Süddeutsche Zeitung“ Nr. 148 vom 31. 10. 49)

## 8. 2) Offizielle Persönlichkeiten zur deutschen Haltung gegenüber den Juden

### McCloy zur deutschen Judenfrage

Auf einer Konferenz deutscher jüdischer Delegierter aus den Westzonen und Berlin betonte McCloy, es hieße die Möglichkeiten einer demokratischen Entwicklung verleugnen, wollte man die Auffassung übernehmen, daß Juden in Deutschland nicht wie in anderen Ländern leben könnten. Die Welt wird den neuen westdeutschen Staat sorgfältig überwachen und einer der Prüfsteine, an denen er gemessen wird, wird in seiner Haltung gegenüber den Juden bestehen. (REUTER)

(In: JCCJ, Nr. 3017 vom 15. 8. 49)

### Die Bundesregierung zum Antisemitismus

In seiner am 20. September 1949 vor dem Bundestag abgegebenen Regierungserklärung sagte Bundeskanzler Dr. Adenauer unter anderem:

„Lassen Sie mich ein Wort zu hier und da anscheinend hervorgetretenen antisemitischen Bestrebungen sagen. Wir verurteilen diese Bestrebungen auf das Schärfste, und wir halten es für unwürdig und an sich für unglaublich,

daß nach allem, was sich in nationalsozialistischer Zeit begeben hat, noch Leute in Deutschland sein sollten, die Juden deswegen verfolgen oder verachten, weil sie Juden sind.“

(Zitiert nach „Mitteilungsblatt der Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“, (Hamburg, September 1949) 9. S. 2)

### Dr. Adenauer bejaht Wiedergutmachungspflicht

Bundespräsident und Bundeskanzler zum jüdischen Neujahrstfest

Bundespräsident Theodor Heuß und Bundeskanzler Adenauer haben neben anderen deutschen Staatsmännern und Politikern den jüdischen Gemeinden in Deutschland ihre Glückwünsche zum jüdischen Jahreswechsel am 23. September übermittelt. Der Bundespräsident schrieb in seiner Neujahrbotschaft, die Juden würden und die Deutschen dürften die Zeit der Verfolgung und des satanischen Vernichtungswillens nicht vergessen, aber sie müßten zusammen über das schlimme Erbe hinwegkommen. Das Wissen um die Würde des Menschen müsse zu einer Kraft